



Macht das Land Gerecht !



Liebe Genossinnen und Genossen,
wir sind angetreten, um das Land zu verändern. Wir wollen zusammen für einen Politikwechsel kämpfen, der allen Menschen ein gutes und sicheres Leben garantiert. Die Corona-Pandemie zeigt uns jeden Tag aufs Neue, wie ungerecht es hier zugeht. Während für die einen, wie die Lufthansa, Milliarden in Bewegung gesetzt werden können, bekommen Soloselbständige, Einzelhändler*innen und Kulturschaffende allenfalls Spottbeträge oder warten noch immer auf ihre Hilfen.

Der Bundesparteitag am vergangenen Samstag war ein Schritt in eine neue Zeit. Jetzt geht es darum, diesen Aufbruch in eine neue Dynamik zu verwandeln. Lasst uns zusammen losgehen und das Land verändern! Darum geht es uns. Wir haben nicht nur einen neuen Parteivorstand gewählt und einen starken Leitantrag verabschiedet, sondern wir haben auch Mut geschöpft. Wir streiten alle für eine Umverteilung des Reichtums von oben nach unten, für bezahlbaren Wohnraum, für ein funktionierendes Gesundheitssystem, für gute Löhne, für Klimagerechtigkeit und eine friedliche Außenpolitik. Wir streiten dafür, dass niemand in diesem Land mehr Angst davor haben muss, anders zu sein. Deswegen gehen wir jetzt zusammen los.

Für echte Gleichstellung: Am 8. März und jeden Tag!



Linkes Blatt

Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand
DIELINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345/ 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Anja Krimmling-Schoeffler/
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
11.03.2021
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 07.04.2021

„Der Internationale Frauentag wurde schon vor über einhundert Jahren durch die Sozialistinnen um Clara Zetkin begründet. Ihre Forderungen waren klar: Neben der rechtlichen Gleichstellung beim Wahl- oder Eherecht wollten sie darüberhinaus die Gleichstellung der Geschlechter in allen Belangen erkämpfen. Wir müssen feststellen, dass diese Mission bis heute nicht erfüllt wurde. Während das Frauenwahlrecht durch revolutionäre Arbeiter:innen bereits 1918 erkämpft wurde, hat Sachsen-Anhalt auch 2021 noch einen beschämend niedrigen Frauenanteil in seinem Parlament. Vielmehr zeigt sich hier ein rückläufiger Trend, denn Dank der Frauenfeindlichkeit von AfD und CDU sinkt der Anteil auf Landes- und Bundesebene wieder.“

Darüber hinaus hat die Corona-Krise gezeigt, dass die Probleme aktueller Gleichstellungspolitik noch tief in unser ökonomisches System eingeschrieben sind. Die Gewerkschaft IG BAU hat zurecht darauf hingewiesen, dass Frauen nicht nur die Hauptlast in den systemrelevanten Berufen und im privaten Haushalt tragen, sondern auch häufiger nicht krisensichere Minijobs ausüben. Der Kampf gegen die strukturelle Diskriminierung von Frauen war schon immer eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Statt sich in platten Huldigungen zu ergehen, sollten Landes- und Bundesregierung stattdessen lieber endlich gegen prekäre Beschäftigung aktiv werden, Pflegeberufe besser bezahlen und Minijobber:innen in der Krise helfen.

DIE LINKE fordert die rechtliche und konkrete Gleichstellung der Geschlechter. Am Weltfrauentag treten wir genau dafür ein und wollen darauf hinweisen, dass der Feminismus Teil jeder fortschrittlichen Politik sein muss. Aufgrund der Corona-Pandemie verzichteten wir am 8. März auf unsere traditionelle Verteilung von Blumen und haben stattdessen Informationsmaterial und Blumensamen in tausende Briefkästen gesteckt. Darüber hinaus haben unsere Landtagsabgeordneten Henriette Quade und Hendrik Lange FFP2-Masken an etliche soziale Einrichtungen in Halle verteilt.“



DIE LINKE gedenkt Martha Brautzsch zum 75. Todestag!

Am 9. März haben wir auf dem Südfriedhof der Antifaschistin und Feministin Martha Brautzsch zum 75. Todestag gedacht. Die Hallenserin wurde am 9. März 1946 nach der Teilnahme an einer Veranstaltung zum Weltfrauentag ermordet, stand aber in ihrem viel zu kurzen Leben für den Kampf gegen den deutschen Faschismus und für die Durchsetzung von Frauenrechten. Ihr Tod wurde in der DDR instrumentalisiert und sie wurde zur Märtyrerin stilisiert. Wenn wir sie jetzt für ihre Leistungen ehren wollen, dann ohne Überhöhung und Verzerrung. Ohne Zweifel ist, dass sie im Widerstand gegen das NS-Regime aktiv war und deshalb auch verhaftet wurde. Sie bewahrte ihre antifaschistische Haltung gemeinsam mit ihrem Mann in der Zeit der schlimmsten Diktatur und blieb mit anderen Kommunist:innen in Kontakt. Nach 1945 initiierte sie hunderte „antifaschistischen Frauenausschüsse“ in Sachsen-Anhalt, die die Selbstorganisation von Frauen unterstützen sollten. Wir wollen sie deshalb auch stellvertretend für die Aktivist:innen ehren, die für die echte Gleichberechtigung der Geschlechter gekämpft haben und weiterhin kämpfen.

Erinnerung an den Kapp-Putsch

Vor 101 Jahren, am 13. März 1920, sollte die Weimarer Republik gestürzt werden. Reaktionäre Monarchisten und Faschisten konnten nicht ertragen, dass die Arbeiter:innen das Hohenzollern-Regime gestürzt und die Adeligen aus ihrer Machtposition vertrieben hatten. Der preußische Beamte Wolfgang Kapp und der Militär Lüttwitz versuchten deshalb, im März die Macht an sich zu reißen, um eine rechte Diktatur zu errichten. Es waren nicht die Liberalen oder Konservativen, die sich massiv gegen diese Anmaßung stellten, sondern die Arbeiter:innen. SPD, KPD und USPD konnten sich zusammenraufen, um mit einem riesigen Generalstreik das Land lahmzulegen. Wenige Tage später brach der „Kapp-Putsch“ zusammen, wobei die rechtsextremen Freikorps noch bei ihrem Abzug ein Blutbad unter den Streikenden anrichteten. Wir gedenken der Opfer des Putsches und erinnern an ihren Einsatz für die Gleichberechtigung der Arbeiter:innen und für die Demokratie.



Erinnerung an die Märzgefallenen

Das Gedenken an die Märzgefallenen hat eine lange politische Tradition: Bereits 1848 wurden die Arbeiter:innen und Bürger:innen so bezeichnet, die vom preußischen Militär für ihre Forderungen nach Demokratie und Mitbestimmung ermordet wurden. In Halle gedenken wir damit den Opfern des Kapp-Putsches 1920 und der Märzunruhen 1921. 1920 kämpften die Arbeiter:innen zur Verteidigung der Demokratie und wurden von faschistischen Soldaten ermordet. Die Märzunruhen stehen im Kontext etlicher mitteldeutscher Arbeiteraufstände, die für die sozialen Belange der Revolution einstanden. Für die Revoltierenden war die parlamentarische Demokratie nicht genug, sie wollten auch konkrete Mitbestimmung in den Fabriken und Schächten und die Verbesserung ihrer sozialen Lage. Leider waren die bürgerlich/sozialdemokratischen Regierungen nie bereit, einen friedlichen Kompromiss mit der Arbeiter:innen zu finden, weshalb immer wieder Aufstände das Land erschütterten. Es kam nicht zuletzt zu einer Spirale der Feindschaft zwischen der Regierung und den linksstehenden Arbeiter:innen. Oftmals wurde diese dann brutal unterdrückt und auch völlig Unbeteiligte wurden von rechten Milizen und Militärs ermordet - ganz unabhängig davon, wie berechtigt ihr Anliegen war.

Gedenken am 13. März!

Am Samstag, dem 13. März, haben wir an die Menschen der Arbeiter:innenbewegung erinnert, die durch rechtsextreme oder staatliche Gewalt ermordet wurden. Denn am 13. März 1919 wurde Karl Meseberg als Vertreter des halleschen Arbeiter- und Soldatenrates von Freikorps-Soldaten ermordet. Am 13. März 1925 wurde eine Versammlung der KPD von der Polizei gewaltsam aufgelöst, wodurch 10 Teilnehmer:innen starben - darunter auch Fritz Weineck. Beide Morde waren Ausdruck der Gewalt des rechten und bürgerlichen Lagers, die die Selbstorganisation der Arbeiter:innen immer wieder unterdrückt haben. Dabei traf es abhängig von den historischen Umständen alle, die in das Feindbild gepresst wurden: Sozialist:innen, Sozialdemokrat:innen und Kommunist:innen - aber auch völlig Unbeteiligte. In der DDR wurde die Erinnerung an die Opfer zunehmend ritualisiert und verklärt. Wir wollten heute ohne Mythologisierung daran erinnern, dass etliche Linke durch den Hass der Rechten ermordet wurden. Es gilt deshalb umso mehr: Für einen starken und kämpferischen Antifaschismus!

Danke an die Organisator:innen und an unseren Direktkandidaten Dirk Gernhardt für seine Rede am Riveufer.





Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im
Monat März Geburtstag haben.



Aus der Stadtratssitzung vom 24.02.2021

Die aus unserer Sicht wichtigste Entscheidung im Stadtrat war die zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz in Halle (Saale).

Zur Erinnerung: Ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der LINKEN, der SPD, der Grünen, der FDP, der CDU und der Fraktion der MitBürger & DIE Partei, der den Vorschlag beinhaltete, dem Planetarium den Namen Sigmund Jähn zu geben, stand bereits im Oktober 2019 auf der Tagesordnung des Stadtrates.

Der Antrag wurde in den Kulturausschuss verwiesen und „schmorte“ dort eine ganze Weile. Mit diesem gemeinsamen Antrag schien es so, dass eine große Mehrheit im Stadtrat gewillt war, „mit dem Vorschlag, dem neuen Planetarium den Namen Planetarium Halle- Sigmund Jähn zu geben, eine Brücke zwischen altem und neuen Planetarium zu schlagen“. In der Begründung zum Antrag heißt es weiter: „Die Geschichte des alten Planetariums auf der Peißnitzinsel soll nicht enden, sondern im neuen Planetarium am Holzplatz weiterleben. Die antragstellenden Fraktionen sind zudem der Ansicht, dass es der Verdienst von Sigmund Jähn bleibt, der erste Deutsche im All gewesen zu sein. Dieser historische Raumflug verdient unabhängig von der Frage, in Diensten welches Staates und welchen politischen Systems innerhalb des Kalten Krieges er stattfand- Anerkennung und gesamtdeutsche Erinnerungskultur“.

Es dauerte jedoch nicht allzu lange und der gemeinsame Antrag bröckelte. Zuerst trat die CDU-Fraktion, dann die FDP-Fraktion und zuletzt auch noch die Fraktion der GRÜNEN von diesem Antrag zurück. Grund dafür waren Zweifel, ob Sigmund Jähn als Repräsentant der DDR der richtige Name für das Planetarium wäre. Genährt wurden diese Argumente auf Grund einer Stellungnahme der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED- Diktatur, Frau Birgit Neumann-Becker, die sich vehement gegen den Namen Sigmund Jähn aussprach. Das Wirken von

Sigmund Jähn beschränkte sich in ihrer Darstellung lediglich auf sein Wirken als Flieger-Offizier in der NVA. Seine Leistungen für die Raumfahrt, seine Anerkennung dafür international, blieben völlig unbeachtet.

Die meisten der genannten Fraktionen, die aus dem gemeinsamen Antrag ausstiegen und weitere, haben Änderungsanträge zum Antrag gestellt. Die Abstimmung im Stadtrat war z. T. sehr emotional. Katja Müller hob in ihrer Rede zur Einbringung des Antrages das Wirken von Sigmund Jähn hervor und versuchte mit ihren Argumenten die Stadträte anderer Fraktionen zu überzeugen. Leider setzte sich der Antrag der Fraktion der Grünen durch, das Planetarium einfach „Planetarium Halle“ zu nennen. Schade. An dieser Stelle sei vermerkt, dass wir in der Fraktion bis jetzt täglich Meinungen aus Halle und überregional bekommen, die uns zu verstehen geben, dass sie diese Entscheidung im Stadtrat missbilligen. Sehr oft ist dabei die Meinung vertreten, dass diese Entscheidung nicht zur Befriedung, sondern untrüglich zur weiteren Verfestigung der Spaltung der Gesellschaft, vor allem im Osten, beiträgt.

Beschlossen wurde im Stadtrat die Verlängerung der geschlossenen Konzessionsverträge mit den Leistungserbringern im Rettungsdienstbereich Halle/ Nördlicher Saalekreis, und die Teilnahme von zwei Stadträtinnen zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages.

Zugestimmt haben wir auch dem Beschluss der Aufstellung der Bronzeplastik Christian Wolff von Prof. Bernd Goebel. Sie wird auf dem Platz Kleiner Berlin aufgestellt werden.

Auch dem Bebauungsplan zur Wohnbebauung im Weißbuchenweg haben wir zugestimmt. Die Bebauungspläne zur Bebauung in Halle-Neustadt, Wohnen Am Nietlebener Park, wurden noch einmal vertagt.

Ute Haupt

Rede der Stadtratsvorsitzenden Katja Müller zur Benennung des Planetariums in Halle

Die Entscheidung des Kulturausschusses vor drei Wochen, den Namen Sigmund Jähn für das neue Planetarium in Halle abzulehnen, war nicht unumstritten.

Ich hatte gehofft, dass die Debatte bis zum heutigen Tag noch intensiver hätte geführt werden können.

Bekanntermaßen hat ein anderes Thema die politische Diskussion in den vergangenen Tagen bestimmt.

Ein Thema, das den Stadtrat unausweichlich beschäftigen musste. Und doch hat mir zugegebenermaßen das Herz dabei geblutet, meine Energie nicht so, wie ich es mir gewünscht hatte, in unseren Antrag für ein Sigmund-Jähn-Planetarium in Halle stecken zu können.

Von Befürwortern und Gegnern unseres Namensvorschlags für das neue Planetarium ist viel zum Kosmonaut und zum Mensch Sigmund Jähn gesagt und geschrieben worden.

Vor allem aber haben Stimmen beider Seiten viel über einen gesellschaftlichen Konflikt erzählt, der 30 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch zwischen Ost- und West existiert, aber auch in der ostdeutschen Gesellschaft in sich immer noch tiefe Gräben reißt.

Es geht um die Frage, ob und wie Lebensleistungen, Errungenschaften oder Persönlichkeiten gewürdigt werden können, die in der DDR erbracht wurden bzw. in Repräsentanz des DDR-Systems gewirkt haben. In einer Bundestagsrede zur Geschichte der Vertreibung sagte der ehemalige CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl 1995: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten“.

Ich denke, das war ein sehr kluger Satz, der ohne Umschweife auch auf die Geschichte der deutschen Teilung und der Wiedervereinigung zutrifft.

Und ja, dazu gehört, Unrecht in der DDR aufzuarbeiten und Leid und Repressalien vieler Menschen, die sich in Opposition zum DDR-System bewegt haben, anzuerkennen und zu rehabilitieren. Dazu muss aber auch gehören, anzuerkennen, dass Leistungen und Errungenschaften, die in der DDR erbracht wurden, nicht pauschal und undifferenziert unter den Tisch gekehrt werden können. Und dass es viele Menschen in der DDR gab, die einfach nur ihr Leben lebten, Erinnerungen und Identifikationsfiguren haben und ihnen nach 30 Jahren nicht immer noch erklärt werden kann, dass das alles nichts wert ist, nur, weil sie in der DDR aufgewachsen sind.

Ja, Sigmund Jähn repräsentierte auch das DDR-System.

Aber Sigmund Jähn war nicht Erich Mielke.

Er war jemand, der den Mut hatte, sich in eine Rakete zu setzen, als die bemannte Raumfahrt noch in den Kinderschuhen steckte. Er war der erste Deutsche im All, menschlich integer und jemand, der einer ganzen Generation Menschen in der DDR zeigte, was man als einfacher Junge aus Morgenröthe-Rautenkranz erreichen kann. Sigmund Jähn hat im Weltall auf eine scheinbar grenzenlose Erde geblickt. Das hat ihn geprägt als jemand, der sich zeitlebens für Verständigung über Grenzen hinweg eingesetzt hat. Das Lebenswerk Sigmund Jähns und seine Verdienste um die Luft- und Raumfahrt erstrecken sich über das Ende der DDR hinaus. Nicht nur der derzeit bekannteste deutsche Astronaut Alexander Gerst beruft sich darauf, auf den Schultern Sigmund Jähns ins All geflogen zu sein.

Ich glaube, dass der undifferenzierte Umgang mit DDR-Vergangenheit in 30 Jahren Wiedervereinigung auch tiefe Wunden gerissen hat.

Das eine schließt das andere nicht aus. Es muss möglich sein, DDR-Unrecht zu verurteilen, aber auch anzuerkennen, dass nicht alles zweiter Klasse war, was in der DDR gelebt, erlebt, erreicht und vollbracht wurde. Indem auch das neue Planetarium in Halle den Namen Sigmund Jähn trägt, wird diese Wunde nicht verheilen. Aber es ist eine Chance, eine gesamtdeutsche Erinnerungs- und Anerkennungskultur aufzubauen - als in den vergangenen 30 Jahren zu gestalten und vielleicht ein kleines, wenn auch symbolisches Pflaster auf diese Wunde zu kleben. Ich persönlich hatte tatsächlich nicht geglaubt, dass wir in der Debatte um DDR-Vergangenheit scheinbar noch nicht ein Stück weiter gekommen sind in den letzten 30 Jahren.

Aber egal, wie die Entscheidung heute fällt - es war und ist richtig, den Vorschlag, das neue Planetarium nach Sigmund Jähn zu benennen, gemacht zu haben.

Und wenn es am Ende nur gebracht hat, dass wir diese gesellschaftlich notwendige Diskussion geführt haben, um es - so der Antrag heute abgelehnt wird - beim nächsten Mal vielleicht besser, differenzierter und verständlicher zu machen.

Ich wünsche mir, dass wir es nach der Entscheidung im Kulturausschuss schon heute besser machen und bitte, unserem Antrag zuzustimmen.

Leserbriefe

Liebe Genossinnen und Genossen.

In der letzten Ausgabe vom Linken Blatt gab es die Bitte von unserem Genossen Rolf Bauermann zu Matthias Höhns Sicherheits- und Außenpolitischen Konzeptionen, welche er in seinem Positionspapier artikulierte, Stellung zu beziehen. Dieser Vorschlag wird in der Partei kontrovers diskutiert. Angeblich werden „rote Haltelinien“ überschritten, an Grundsätzen gerüttelt. An Grundsätzen wird definitiv gerüttelt...und das ist auch gut so. Selbstredend verstehe ich es, dass bei einigen Genoss*innen Matthias Höhns Forderungen nicht unbedingt Jubelstürme evozierten. Wir, als Partei Die LINKE, verstehen uns als Nachfolger der Friedensbewegung, so steht es zumindest in der Präambel unserer Bundessatzung. Der Einsatz für weltweiten Frieden ist uns als Partei heilig, daran ist auch nichts auszusetzen. Jedoch reicht es nicht, die reine Forderung nach Frieden als tragfähiges und realistisches außen- und sicherheitspolitisches Konzept zu vermarkten. Komplexe, weltpolitische Lagen verlangen komplexe Antworten - und keine unterkomplexen Phrasen.

Doch was sind konkret Matthias Höhns Forderungen?!

Grundlegend lassen sich in seinem sicherheitspolitischen Konzept zwei Argumentationslinien erkennen, welche für die innerparteiliche Auseinandersetzung von Relevanz sind:

1. Die LINKE muss ihre konsequente Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr überdenken, vor allem friedenserhaltende Missionen sollten genaustens geprüft werden und in letzter Instanz zugestimmt werden.

2. Die LINKE muss eine gewisse außenpolitische Unglaubwürdigkeit ablegen, vor allem was die Beziehungen zu Russland und China angeht.

Es ist richtig, dass wir uns für konsequente Abrüstung einsetzen. Es ist richtig, dass wir Kampfeinsätze der Bundeswehr konsequent ablehnen. Es ist richtig, dass wir uns als Partei des Völkerrechts und der Diplomatie verstehen. Jedoch müssen wir auch Realitäten anerkennen. Und zu diesen Realitäten gehört, dass

Deutschland, respektive die Europäische Union, bei internationalen Fragen nicht schweigend daneben stehen kann. Es ist durchaus sinnvoll, UN-Blauhelmissionen mit Bundeswehrsoldat*innen zu unterstützen, das gleiche gilt für ausgewählte Missionen der EU (z.B der zweite EU-Militäreinsatz in der Demokratischen Republik Kongo im Jahr 2006, zur Sicherung der ersten Wahlen in der DRK). Solche Missionen sind nicht zu vergleichen mit rein militärischen Kampfeinsätzen, in welche die Bundeswehr selbstredend nicht verwickelt sein sollte. Doch wenn man an einem konsequenten 'Nein' zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr festhält, werden friedensschaffende Missionen ebenfalls unter dieses dogmatische Mantra subsumiert. Und nichts tun bringt auch keine Veränderungen. Im Zweifel macht man sich durch solche undifferenzierten Betrachtungen auch als „die Friedenspartei“ unglaubwürdig.

Gleiches gilt für die zweite Argumentationslinie.

Die LINKE versteht sich als Partei des Menschenrechts, des Völkerrechts, von Toleranz und Freiheit. Wir setzen uns richtigerweise für die Demokratie als präferierte Staatsform ein und unterstützen Minderheiten beim Kampf um ihre Rechte. Wir stellen „hohe“ (im Auge konservativer Betrachter*innen) Ansprüche an die deutsche Gesellschaft, sollten die gleichen Maßstäbe nicht auch für andere Staaten und Gesellschaften gelten?! Es ist wirklich gruselig, wenn Genoss*innen behaupten, dass die Kritik an der Diskriminierung von Homosexuellen in Russland rein politisch instrumentalisiert sei - um Russland zu schaden. Es ist ebenso gruselig, wenn Genoss*innen ein Umdenken im Umgang mit China fordern - ein Land, in welchem es faktisch keine Demokratie gibt und Andersdenkende konsequent verfolgt und unterdrückt werden. Wir können nicht die Ehe für alle fordern und gleichzeitig homophobe Staatspolitik ignorieren. Auch dann machen wir uns unglaubwürdig. Es ist richtig, dass wir als Partei undemokratische, völkerrechtswidrige und diskriminierende Politik kritisieren. Das sollte jedoch für alle Staaten gelten. Nur weil ein Land sich mit dem Label 'sozialistisch' versieht, imprägniert es sich nicht mit Teflon und darf nicht mehr kritisiert werden. Und Länder wie Russland oder China stellen keine demokratischen, sozialistischen Systeme dar - dabei verstehen wir uns doch als Partei des demo-

kratischen Sozialismus. In diesem geht Sozialismus immer mit individuellen Freiheitsrechten einher - und diese gelten für alle. Ansonsten ist es kein guter Sozialismus und somit Mist. Wenn Genoss*innen meinen alte, unterkomplexe Phrasen zu bedienen, in denen die USA das imperialistische Böse ist und Russland den angeblich antiimperialistischen Gegenpol darstellt, dann haben sie keine tragfähigen Antworten auf die komplexe, globalisierte Welt des 21. Jahrhunderts.

Es ist richtig, sich selbst immer kritisch zu hinterfragen und im Zweifel Grundsätze zu überdenken. Matthias Höhns außen- und sicherheitspolitisches Papier stellt

dafür eine Grundlage dar. Es ist nicht perfekt, jedoch auch nicht katastrophal. Wenn wir als Partei relevant und glaubwürdig bleiben wollen, müssen wir auch uns selbst hinterfragen.

Ich beende meinen Beitrag mit einem Zitat von Matthias Höhn, es stammt aus einem Interview mit der taz: „Es ist egozentrisch, zu meinen, nur die Linke brauche sich nicht zu ändern.“

Jonas Stephan, Mitglied des Sprecher*innenrates des OV Nord

(Dieser Beitrag stellt keine gemeinsame Erklärung des OV Nord dar, sondern lediglich eine private Meinung des Autors.)

Zu Matthias Höhn, „Linke Sicherheitspolitik - Ein Diskussionsangebot“

Ich habe das Papier von Matthias Höhn nun schon mindestens zweimal gelesen und halte es für ein sehr gutes, sehr wichtiges und auch sehr dringendes Diskussionsangebot.

Da ist z. B. als ein zentraler Punkt benannt, eine Verpflichtung aller Akteure, auf eine Stationierung nuklearer bzw. nuklear bestückbarer Kurz- und Mittelstreckenraketen auf dem europäischen Kontinent zu verzichten. Dies ist viel weitreichender als die Forderung, alle Atomwaffen aus Deutschland abziehen. Wohin würde die USA ihre Atomwaffen wohl abziehen, nach Polen oder Ungarn? Dies käme dann einer noch größeren Provokation gegenüber Russland gleich.

Ebenso zustimmen kann ich der Meinung von Matthias Höhn, was den Austritt Deutschlands aus der NATO betrifft. Dies würde keine Lösung in Hinblick auf unsere Sicherheit oder die Sicherheitspolitik der BRD bedeuten, sondern eine Isolierung. Auch der Idee einer Republik Europa mit einem eigenen Verteidigungsbündnis kann ich einiges abge-

Bewaffneter Friede Wilhelm Busch

Ganz unverhofft auf einem Hügel
sind sich begegnet Fuchs und Igel.
Halt! rief der Fuchs, du Bösewicht!
Kennst du des Königs Order nicht!
Ist nicht der Friede längst verkündigt,
Und weißt du nicht, dass jeder sündigt,
der immer noch gerüstet geht!

Im Namen seiner Majestät,
komm her und übergib dein Fell!
Der Igel sprach: Nur nicht so schnell,
nur nicht so schnell!

Lass dir erst deine Zähne brechen,
dann wollen wir uns weitersprechen.
Und also bald macht er sich rund,
zeigt seinen dichten Stachelbund
und trotz getrost der ganzen Welt,
bewaffnet, doch als Friedensheld.

winnen, auch wenn ich das nur in ferne Zukunft sehe. Für mich müsste diesem Bündnis auch Russland angehören. Aber darum soll es ja gehen, um die Frage: Wie weiter und wohin in der Sicherheitspolitik der LINKEN?

Und schließlich - den Gedanken zur Rolle der Vereinten Nationen kann ich ebenfalls nur zustimmen, wobei ich so meine Probleme mit friedensstiftenden oder friedenserhaltenden Einsätzen der Bundeswehr habe (unter UN-Mandat oder auch nicht). Ich denke, Frieden bringen können bewaffnete Einsätze wohl eher nicht, und Frieden erhalten? Wenn ich mir die Situation im Kosovo ansehe, ist dies wohl eher ein Burgfrieden. In dem Diskussionspapier

von Matthias Höhn sehe ich tatsächlich Überlegungen, die wir für uns und unser Selbstverständnis diskutieren sollten. Ob und wie DIE LINKE dann attraktiv für mögliche Koalitionen sein wird, wird sich zeigen.

Lydia Roloff

Wortmeldung:

L. Waide

In einem „nd“-Interview mit dem Medizinethiker Prof. Ernst Luther (12.2.2021, S.12) habe ich eine interessante Bemerkung gelesen: Dass der Impfstoff "Sputnik V" hierzulande nicht verfügbar sei, wäre ein Relikt des kalten Krieges. Gehören die Nawalny-Proteste des Westens auch zu den Relikten? Ganz sicher! Die massiven Auf- und Ausrüstungen der Nato entlang der russischen Grenze? Ganz sicher! Sie müssen verschwinden, wenn gegenüber Russland ein anhaltend friedfertiges Verhältnis entstehen soll. Aber was ist nur mit Russland los. Es entwickelt sich ein Oligarchen-Kapitalismus, der die Schere zwischen Reichen und Armen immer größer werden lässt. Will Russland mit dem Manager-Konzern-Kapitalismus gleichziehen; die bisher angehäuften Reichtümer lassen den Schluss durchaus zu. Ausbeutung von Ressourcen und Menschen, Korruption, brutaler Umgang mit Protestierenden sind die weiteren möglichen Folgen, denn all dies ist im Wurzelwerk des Kapitalismus bereits mit angelegt. Klar, Russland hat im westlichen Ausland nicht immer eine vertrauenerweckende Spur hinterlassen. Aber wenn es um die Sicherheit Europas geht, dann geht das nur mit Russland und nicht gegen Russland, wie das den Amerikanern noch immer vorschwebt. Die EU sollte darüber noch einmal ganz intensiv nachdenken und nach passenden Wegen suchen. Sanktionen sind ganz sicher nicht der richtige Weg.

Treffen AG Wirtschaft am Freitag, dem 26. März 2021 um 18 Uhr

Themen: LPT-Ergebnisse, Mobilität in Halle, Belebung Innenstadt

Ort: Gaststätte ‚Zum Kleeblatt‘ oder per Zoom-Videokonferenz (Zugangsdaten gibt es bei Marion Krischok)

Gedenken an die „Märzgefallene“ am 21. März um 11 Uhr

Ort: Friedhof Ammendorf

Gedenken an die Opfer des „Kapp-Putsches“ am 21. März 2021 um 10 Uhr

Ort: Gedenkstein an der Nordstraße

Eine zweite Wortmeldung:

Als ich die Titelzeile „Linke zanken wegen Wagenknecht“ in der „MZ“ vom 19. 2. 2021, S. 2 und das darunter Stehende las, hatte ich den Eindruck, dass es unter unseren Genossen eine sonderbare Profilierungssucht auf Kosten anderer gibt. So etwas sollte man tunlichst lassen, weil das immer zu Lasten unserer Partei geht. Wenn S. Wagenknecht eine andere Meinung als die meinige oder auch zur Beschlusslage vertritt, dann sollte das einfach mal ausgehalten werden. Damit brechen wir uns doch keinen Zacken aus der Krone. S. Wagenknecht argumentiert sehr überzeugend und ist entschieden gegen rechts, das zählt. Man hat ihr schon hinreichend genug mitgespielt, als sie als Mitbegründerin von „Aufstehen“ von sich reden machte. Das war zudem eine verpasste Chance für die weitere Profilierung unserer Partei. Da mögen andere Genossen anderer Auffassung sein, ich werde dieses Gefühl aber einfach nicht los. Jetzt sollte man sie innerparteilich endlich in Ruhe und dem Wähler in NRW die Entscheidung lassen.

Dritte Wortmeldung:

In einem Gastbeitrag (für „nd“, 18. 2. 21, S. 4) hat Jan Korte sein Herz für die Häuslebauer sprechen lassen. Es ist völlig richtig, dass wir die Menschen mit den „kleinen Träumen“ mit unseren Gefühlen und Argumenten erreichen müssen, selbst wenn wir nur in einer Mietwohnung zufrieden zu Hause sind. Ich denke, wir sollten auch weiterhin für die Erfüllung ihrer Träume eintreten, wenngleich wir uns dabei natürlicherweise in einer Zwickmühle befinden, denn dem Boden noch mehr für die zivilisatorischen Zwecke abzurufen, ist nicht unser Ding, da wir auch nach der Gesundung unserer Umwelt streben. Weil wir auch gleichzeitig für die Bewahrung und Erweiterung des Geschäftslebens in unseren Innenstädten sind, sollten wir den Bau zukünftiger Eigenheime auf dem Gelände großer Möbelhauskonzerne und wer sonst noch in den Stadtrandeinkaufszentren angesiedelt ist empfehlen. Aber vielleicht gelingt es uns ja wenigstens, den Eigenheimbauern auszureden, noch einen spritfressenden SUV anzuschaffen. Die Konzerne machen damit im Moment Riesenprofite. Mit SUVs fühlen sich die Fahrenden sehr sicher, meinen sie jedenfalls. Mein Vorschlag: Nur noch Autos bis 1,4 Liter herstellen und zulassen! Aber der zählt nicht!

Zum Beitrag von Hajo Gunkel im Linken Blatt vom Februar

Ich möchte Hajo für seinen Beitrag danken - zum einen für die Worte des Gedenkens an Rosa Luxemburg und zum anderen für die Vorstellung des Bildes von Uwe Pfeifer.

Gleichzeitig möchte ich seinen Vorschlag aufgreifen, uns im Rahmen eines Frühlingsspazierganges dieses Kunstwerk einmal anzusehen.

Da ich hoffe (und eigentlich davon ausgehe), dass es

uns eine positive Entwicklung in Sachen CORONA Ende April wieder möglich macht, schlage ich vor, dies zum Thema und Inhalt eines Treffens im Rahmen des Senioren-Cafés zu machen. Alle anderen Interessierten sind dabei herzlich willkommen.

Es wird Zeit und es wäre schön, wenn wir uns bald wieder persönlich sehen könnten.

Lydia Roloff

Rezension

Gabriele Gysi, Gregor Gysi

Unser Vater Aufbau Verlag Berlin 2020 ISBN 978-3-531-03842-7, 155 S.

2020 feierte der Aufbau Verlag sein 75-jähriges Bestehen und veröffentlichte aus diesem Anlass vier Bücher von AutorInnen, die diesen Verlag besonders prägten. Eines davon, herausgegeben von dem Journalisten Hans-Dieter Schütt, ist ein Gespräch der Geschwister Gysi über ihren Vater, der der vierte Chef dieses Hauses war.

Das Buch gibt jedoch nicht nur Einblicke in das Leben des Verlagsleiters, Kulturministers, Botschafters, Staatssekretärs Klaus Gysi, sondern auch in das Leben der Geschwister Gysi - insofern ist es eigentlich ein Buch über 3 Personen.

Dem Gespräch vorangestellt ist eine Einleitung von Hans-Dieter Schütt unter der bezeichnenden Überschrift „Genosse Weltbürger“, in der er Klaus Gysi mit folgenden Worten charakterisiert: „zu fantasievoll für das rein Pragmatische... zu energievoll für ein Dasein nur auf dem Bremspedal der Vorsicht... Er wurde von seiner Partei dorthin gerufen, wo es brannte, und seine Aufgabe bestand oftmals darin, das Feuer gleichsam in Papiertüten außer Reichweite zu schaffen“ (S. 9). Gleichzeitig beschreibt diese Einführung ein Stück weit auch die Entstehungsgeschichte des Aufbau Verlages in einer Zeit, in der vieles möglich schien und weniger realisiert werden konnte.

Auch viele Protagonisten dieser Zeit, wie Walter Janka und Wolfgang Harich, werden in ihrem Wirken und Scheitern genannt, Zwänge beschrieben, das Lavieren in Literatur und Politik. Unabwendbar sei auch Gysi an dieses ideologische Mahlwerk gebunden gewesen. „Fördern und hinhalten, anschieben und

abwiegeln, unterbinden und unterlaufen“ (S. 16).

„Jedes Gespräch über die Vergangenheit ist ein Gespräch über die Gegenwart“ (S. 22), so nochmals der Herausgeber - das zeigt sich dann vor allem in den Zwischentönen des Gesprächs mit den Kindern eines „speziellen Funktionsträgers“, das zunächst in nur sehr kurzen Sequenzen anfängt, die es schwierig machen, einen roten Faden zu finden.

Dies ändert sich mit den zunehmend längeren Gesprächspassagen, die dann häufig zu aktuellen Fragestellungen führen, so z. B. zu Debatten über den Begriff „Unrechtsstaat“ (S. 40).

Oder zu der für mich spannendsten Frage des Buches und der Einordnung vieler historischer Entwicklungen in der DDR: wieso haben Menschen, die den einen Unrechtsstaat (Nationalsozialismus) bekämpft haben, einen „gleichgearteten Staat“ wieder aufgebaut? bzw. wie Gregor Gysi sich fragte: „weshalb hat später dieser Mut gefehlt, in der DDR, gegenüber der SED-Führung und deren Enge und unter friedlichen Bedingungen“ (S. 87).

Es war, so berichtet Gregor Gysi, ausgerechnet Helmut Kohl, der ihm dies 1999 erklärt habe: „Kohl sagte: Wenn sich mein Vater in der DDR gegen die SED gestellt hätte, wäre er keiner mehr von den Seinen gewesen, aber doch danach auch kein Konservativer geworden... Mithin wäre er sehr einsam geworden - inmitten der eigenen Genossen. Der Mut gegen die Nazidiktatur wurde durch das Gefühl angetrieben und bestärkt, Teil einer großen kämpferischen Solidargemeinschaft zu sein“ (S. 87).

Neben einer Vielzahl privater Familienfotos enthält das Buch auch einen kalendarischen Lebenslauf und Hinweise auf weiterführende Literatur zu einer der für mich schillerndsten Persönlichkeiten der DDR.

Buchvorstellung

Sinti in der DDR - Alltag einer Minderheit

Die hallesche Schriftstellerin Simone Trieder hat mit dem Fotografen Markus Hawlik-Abramowitz eine beachtliche Dokumentation erarbeitet, die im Mitteldeutschen Verlag erschienen ist. Der Titel lautet „Sinti in der DDR - Alltag einer Minderheit“. Es ist ein aufklärerisches Werk, denn man hatte eher den Eindruck, diese Ethnie sei hierzulande nicht wohnhaft gewesen. Dieser Band belehrt uns, dass einige wenige als Schausteller und ähnlichen Gewerben unter uns lebten.

Verwandte der Sinti, die Roma, tauchten erst bei uns Anfang der siebziger Jahre als Touristen aus der VR Polen und der Tschechoslowakei auf. Die Abkommen über den visafreien Reiseverkehr erleichterte die Einreise. Ansonsten konnte man in Ländern südöstlich der DDR dieser Ethnie begegnen und mitunter mit ihnen in Kontakt kommen. Unsere Eindrücke bewegten sich stets im Spannungsverhältnis zwischen Faszination und Ablehnung. Um die 600 Jahre lebt diese Bevölkerungsgruppe in Europa zumeist am Rande der Gesellschaft. Ihre Lebensweise unterscheidet sich wesentlich von unseren Lebensvorstellungen. In der dokumentarischen Ausgabe wird deutlich, dass auch sie zur Gesellschaft gehören und Mitbewohner mit uns bekannten Gefühlen sind. Sie empfinden genau wie wir Freud und Leid sowie Glück und Schmerz. Be-

kanntlich wissen wir zu wenig voneinander, was unsere Gedankenwelt mit Vorurteilen behaftet. Der vorliegende Band kann unsere Sichtweise ändern, denn gegenwärtig sind wir mit der Zuwanderung aus Rumänien konfrontiert. Der Zuzug verlief nicht immer konfliktlos, denn in ihren Herkunftsgebieten lebte diese Bevölkerungsgruppe nicht in Häusern mit mehreren Etagen. An dieser Stelle müssen die örtlichen Behörden neue Konzeptionen zum Wohnen entwickeln. Entsprechend der Europäischen Menschenrechtskonvention, die Freizügigkeit als erklärtes Ziel beinhaltet, ist auch dieser Bevölkerungsgruppe im vereinten Europa Wohn- und Lebensrecht zu gewähren.

Der 8. April ist der internationale Tag der Sinti und Roma. Vor fast 50 Jahren an diesem besagten Tag fand der erste Welt-Roma-Kongress 1971 in London statt. Dort einigten sich die Teilnehmer auf die Eigenbezeichnung „Roma“. Es ist kein Feiertag, denn an diesem Tag erheben sie jährlich ihre Stimme gegen Antiziganismus, Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung.

Die Dokumentation ist in der Buchhandlung in den Franckeschen Stiftungen, Ecke Steinweg, erhältlich.

Hajo Gunkel

Rezension

Gerd Schumann Das Morgen im Gestern. Erkundungen eines Wessis im Osten Verlag Neues Leben ISBN 978-3-355-01885-2, 269 S.

Auf dem Cover des Buches ist der Autor mit dem Fahrrad auf der Insel Rügen abgebildet - dies suggeriert zunächst, dass es sich überwiegend um eine Reiseerzählung zu bekannten und unbekanntem Gegenden der DDR handeln könnte. Darum geht es zwar auch, doch der Text erkundet viel mehr: vor allem die Literatur- und Kunstgeschichte der DDR - und der Ex-BRD, sowie die inzwischen meist vergessenen internationalen Solidaritätsaktionen der DDR. Vergessen in der (bundes)deutschen Geschichtsschreibung - nicht im Denken und Fühlen der damals

Betroffenen, wie Interviews bzw. zitierte Erinnerungen z. B. von Menschen aus Namibia, die als Kinder damals in Bellin eine Heimstatt fanden, zeigen.

Das Buch beginnt mit einem Vorwort der französischen Germanistin, Journalistin und Autorin Florence Herve´. Sie begründet darin, warum sich Zurückblicken lohnt - es sei nicht nur eine Reise in die Vergangenheit, sondern auch ein „Blick auf die Zukunft“.

Das besondere dieser politischen und kulturhistorischen Zeitreise war für die Rezensentin, dass KünstlerInnen und ihre Werke nicht nur genannt, sondern ausgiebig zitiert werden - unvergessen z. B. das Lied vom Vaterland; „Kennst Du das Land, wo die Fabriken uns gehören/ wo der Prometheus schon um fünf aufsteht/ Hier kann man manche Faust auf

manchen Tischen hören/ Bevor dann trotzdem wieder was nicht geht“ (S. 144).

Aber auch von meinem ehemaligen „Straßennachbar“ Klaus Renft: „Revolution/ Ist das Morgen schon im Heute/ Ist kein Bett und kein Thron/ Für den Arsch zufriedner Leute“ (S. 13). Die Erkundungen des Autors beschreiben die Texte und ihre Rezeption in der jeweiligen Zeit - sowie parallel dazu KünstlerInnen und deren Engagement in der Ex-BRD (Nena, Franz-Josef Degenhardt, Esther und Abi Ofarim u.a.m.). Dankenswerterweise ist dem Buch ein Namensverzeichnis beigelegt, so dass die neugierige Leserschaft auch quer lesen bzw. mit der/dem LieblingskünstlerIn anfangen kann.

Für die ostdeutsche Leserschaft sind die nach 1990 erfolgten Verunglimpfungen bestimmter Tatsachen sicher nicht neu - so z.B. dass die Personen im Kinderheim Bellin angeblich geraubte Kinder vom Stamm der Oshiwambo gewesen seien (S. 39), vielleicht aber die Beleidigungen und Angriffe gegen den

Liedermacher Hannes Wader in der Ex-BRD (dieses Wort finde ich zu schön, daher hier nochmals eine Wiederholung).

Das Werk gliedert sich in 3 Abschnitte: Unterwegs (hier geht es tatsächlich um Erkundungen im Land); Kulturrevolution und Internationalismus. Hier wird sowohl auf die Geschichte der mosambikanischen Vertragsarbeiter in der DDR und der BRD (diesmal nicht „Ex“) eingegangen, als auch auf das Leben, falsche Darstellungen von ihm und Briefe an die Eltern von Tamara Bunke („Tania la Guerrillera“).

Es gibt (auch an anderen Stellen des Buches werden Gespräche nacherzählt bzw. anderenorts bereits erschienen Texte nachgedruckt) ein hier besonders spannendes Interview mit ihrem Geliebten (eben nicht Che) sondern Ulises Estrada Lescaille (Revolutionär, Geheimdienstler, Ausbilder von Tamara, Diplomat und Journalist).

Viele schwarz-weiß Bilder unterstützen die Texte und machen das Lesen zu einem Erlebnis.

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 11./12.03.2021

33 Tagesordnungspunkt umfasste die zweitägige Landtagssitzung. Davon lagen allein 16 Punkten Anträge der Fraktion DIE LINKE in erster oder zweiter Beratung zugrunde. Die Themen waren wiederum sehr vielfältig, u.a. ging es um Gesundheitswesen, Pandemie, Bildung, Kinderarmut, öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Agrarstruktur, Flughafenbau, Kultur/Geschichte, Endlagersuche, Klimaschutz, die Deponie Brückhagen, Wirtschaft, rechte Gewalt, Kommunales und das freiwillige soziale Jahr. Hier eine kleine Auswahl.

#Aktuell debattiert

Impfen und Testen als Wege auf der Krise

Die Impf- und Teststrategien auf Bundesebene haben in weiten Teilen versagt. Versprochen wurden wie-

derholt nicht eingehalten, was mit einem erheblichen Vertrauensverlust in der Bevölkerung einhergeht. Hinzu kommt, dass sich durch die bisher gescheiterte Impf- und Teststrategie des Bundes das Risiko der Ausbreitung weiterer infektiöserer Virusmutationen erhöht und damit ein kaum noch zu beherrschendes Szenario droht. Durch dieses Versagen wird den Menschen die Perspektive für den Umgang mit der Pandemie und einen Weg aus der Krise genommen. Die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern sagte in der Debatte: „Die Folgen des Lockdowns werden uns noch lange verfolgen - zwischenmenschlich, mental, aber auch wirtschaftlich und finanziell. Jeder Tag ist einer zu viel. Und das absurde ist: Es gibt jetzt einen Impfstoff, mehrere sogar, und es könnte eine Perspektive eröffnet werden und es gibt verschiedene Test-Möglichkeiten. Aber es passiert gefühlt einfach nichts. Wir werden erschlagen von Bürokratie und

Bedenkenträgerei und Behäbigkeit. Dass wir so wenig Tote haben in Deutschland ist einzig und alleine der Disziplin der Menschen zu verdanken!“

Nach einem Blick auf die Skandale auf der Bundesebene folgte die Einschätzung dessen, was auf der Landesebene läuft, besser gesagt: nicht läuft.

„Die Realität sieht ernüchternd aus: Mitte Februar (21.2.) sind über 126.000 Impfungen (einschließlich Zweitimpfungen) erfolgt, während noch rund 52.000 Impfdosen auf ihre Verabreichung warteten. Im März nahmen die Impfungen erfreulich zu, aber die Anzahl der nicht verabreichten Impfdosen stieg auf rund 87.000. Wie hoch soll die Halde noch wachsen, Herr Haseloff und Frau Grimm-Benne? Warum geht Sachsen-Anhalt nicht voran und bietet auch unkonventionelle Impfmöglichkeiten an?“, fragte Eva von Angern. Das liege aber eben nicht an den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern in den Impfzentren, denen sie ausdrücklich für ihre engagierte Arbeit dankte. Um das Vertrauen der Menschen wiederzuerlangen und die Pandemie in den Griff zu bekommen seien pragmatische Lösungen notwendig, das Impftempo müsse verdoppelt und weiter verdreifacht werden. Inzwischen hatte der Finanzminister für 2022 massive Kürzungen angekündigt. Darauf reagierte Eva von Angern: „Ein Neustart der Politik kann nicht mit dem Rotstift gemacht werden. Nicht damit, den Mangel noch zu vergrößern. ... Wir müssen die Missstände unserer Gesellschaft überwinden. Diese verschwinden nicht mit sinkenden Inzidenzen. Was wir brauchen, ist ein umfassender Neustart der Politik für Sachsen-Anhalt.“

#Umwelt

#Endlagersuche

Kein weiteres atomares Endlager in Sachsen-Anhalt

Unter diesem Titel hatte die Fraktion DIE LINKE vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht, der heute zurück in den Landtag zur zweiten Beratung kam. Der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange betonte in der Debatte: „Heute kommt ein Thema zurück in den Landtag, welches viele Menschen bewegt: Wie geht es weiter mit der Endlagersuche? Die Kenia-Koaliti-

on möchte nach der Beratung im Ausschuss mitteilen: Wir machen mit dem Verfahren weiter. Die Fraktion DIE LINKE bleibt jedoch bei ihrer Skepsis. Die Befürchtung, dass dünn besiedelte Regionen bei der Endlager-Suche in den Fokus rücken, bleibt bei vielen. Geringe Entschädigungsleistungen, weniger Protest - all das können Gründe sein, warum bei gleicher Eignung der Blick auch auf Sachsen-Anhalt fallen kann.

Zumal die Bundesregierung gerade erst wieder den Stromkonzernen 2,7 Milliarden Euro an Entschädigungsleistungen für den Atomausstieg hinterherwirft. Diese Konzerne haben sich von der Endlagerproblematik mit lediglich 24,1 Milliarden Euro freigekauft und sind damit von allen Folgekosten befreit. Das Märchen von der preiswerten Atomenergie kann nur erzählt werden, weil die Kosten den Steuerzahlenden aufgebürdet werden, während die Gewinne in die Taschen der Aktionäre fließen. Selbst das Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt hat betont, dass die undifferenziert großflächige Ausweisung der Teilgebiete ungünstig ist. Außerdem haben wir bereits Morsleben als Endlager! Die Fraktion DIE LINKE sagt klar und deutlich: Wir müssen den Rücken für die Menschen in unserem Bundesland gerade machen! Wir wollen kein weiteres atomares Endlager, wir sind nicht das Atom-Klo der Nation!“ Die Debatte fand nur einen Tag nach dem 10. Jahrestag der Fukushima-Katastrophe statt.

#Klimabilanz

Klimabilanz in Gesetzeshandeln aufnehmen

Im Dezember 2015 wurde in Paris das Klimaabkommen beschlossen. Fünf Jahre sind seitdem vergangen. Uns wird bewusst, dass es höchste Zeit ist, Klimaschutz auf allen politischen Ebenen zu verankern. Demzufolge ist es für uns dringend erforderlich, auch im Gesetzgebungswesen den Klimaschutz zu verankern, indem die Klimawirkung von Gesetzen geprüft werden müssen. Dazu sagte der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange: „Wir müssen alles daran setzen, die Erderwärmung zu begrenzen.“ „Wir wollen einen fairen, angemessenen und ausreichenden nationalen Beitrag zur Einhaltung des Pariser Abkom-

mens leisten, muss Deutschland bis 2038 klimaneutral sein, bis 2035 100 Prozent Erneuerbare Energien einzusetzen.“ Und weiter: „Wir wären nicht die Linke, wenn wir hier nicht betonen würden, dass Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit Hand in Hand gehen müssen. Das gilt in Deutschland, in Europa und weltweit. Das Schlagwort heißt Klimagerechtigkeit.“

#Jugend

Freiwilliges Soziales Jahr sichern

Die Programme zur Förderung von Freiwilligendiensten in Sachsen-Anhalt sind kleinteilig und den entsprechenden Ressorts zugeordnet. Die Ergebnisse der repräsentativen Befragung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, untermauern die positiven Effekte von Freiwilligendiensten für die Gemeinschaft. Die Freiwilligendienste beeinflussen das Gemeinwesen insbesondere in ländlichen Gebieten. Ein Teil der Freiwilligendienste werden aktuell aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Für die nächste ESF+ Förderperiode 2021 bis 2027 gilt eine Mindestschwelle von 4 Prozent der Fördermittel des jeweiligen Programms. Für bestehende Programme kann diese Schwelle nur durch Zusammenfassung der unterschiedlichen Freiwilligendienstprogramme erreicht werden. Hier bedarf es einer intensiven Prüfung unter Einbeziehung der verschiedenen Träger des FSJ. Dazu sagte die jugendpolitische Sprecherin Kristin Heiß: „Wers sich auch nur ein bisschen mit dem freiwilligen sozialen Jahr beschäftigt, weiß, wie wertvoll dieses für junge Menschen ist, wie sehr sie sich in diesem Jahr entwickeln können.“ Es müsse gelingen, das FSJ weiter aus europäischen Mitteln zu finanzieren und es könne doch nicht so schwer sein, die verschiedenen Programme zu einem großen Zusammenschließen, um die von der EU festgelegte 4-Prozent-Hürde zu nehmen.

#Kinderarmut

Armut von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt endlich angehen!

Mit einer großen Anfrage wollte die Fraktion DIE

LINKE wissen, wie die Situation bei der Armut von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt ist. In der Aussprache zu den Antworten der Landesregierung im Landtag kommentierte die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern: „Armut und insbesondere Armut von Kindern und Jugendlichen werde ich in unserem reichen Land nicht akzeptieren. Ich werde immer wieder darauf hinweisen, wie in unserem Land sehenden Auges Kindern nicht nur Zukunftschancen genommen, sondern sie im Hier und Jetzt keine glückliche Kindheit erleben dürfen. Es geht dabei nicht nur um Generationengerechtigkeit, sondern darum, wie wir mit den schwächsten Gliedern unserer Gesellschaft umgehen.“

Die Antworten der Landesregierung zeigten, dass sich die Armutszahlen nicht nur verstetigen, sondern es immer schwerer wird, aus der Armut herauszukommen. Dies betreffe insbesondere Kinder und Alleinerziehende. Eva von Angern sagte weiter: „Armut geht einher mit dem Verlust von Würde. Betroffene Kinder und Jugendliche spüren diese Ausgrenzung. Sie wissen, dass sie um ihre Chancen im Leben hart kämpfen müssen. Die bittere Wahrheit ist, dass Menschen, die in Armut aufwachsen, zehn Jahre eher sterben. Das ist das Ergebnis einer Langzeitstudie des Robert-Koch-Instituts.“ Daher forderte sie als Konsequenz: „Wenn wir Kinderarmut und ihre Folgen wirksam bekämpfen wollen, brauchen wir ein Zusammenwirken von Kommunen, Land und Bund. In Deutschland muss endlich eine Kindergrundsicherung eingeführt werden. Die Tatsache, dass die Legislaturperiode im Bund ohne Einigung zwischen CDU/CSU und SPD zu den Kinderrechten enden wird, ist armselig und zeigt den Stellenwert von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft.“ Immerhin hatte der Landtag gemeinsam beschlossen, dass das Taschengeld und Geld aus Ferienjobs nicht mehr auf den Regelsatz angerechnet werden soll. Die sei ein gutes Zeichen. „Doch die Landesregierung ist weiterhin aufgefordert, regelmäßig einen Kindergipfel zu veranstalten, um Kinder und Jugendliche zu Wort kommen zu lassen und ihre Interessen zu kennen. In Sachsen-Anhalt müssen Kita-Zugänge und gesundes Mittagessen kostenfrei sein. Die Fraktion DIE LINKE wird bei diesem Thema dranbleiben. Wir kämpfen weiter für Mehrhei-

ten im Parlament, beispielsweise für die Einführung einer Kindergrundsicherung und für Kinderrechte im Grundgesetz. Es ist unser Job, alles dafür zu tun, dass jedes Kind die Chance auf eine glückliche Kindheit und sichere Zukunft hat.“

#Fluglärm

Nachtflugverbot und Moratorium für die Ausbaupläne für den Flughafen Leipzig-Halle

Derzeit läuft für den Flughafen Leipzig-Halle ein Planfeststellungsverfahren, wodurch der Frachtflugverkehr massiv ausgebaut werden soll. Starts und Landungen sollen stark ansteigen, allein nachts um 41 Prozent. Dies hat tiefgreifende gesundheitliche Auswirkungen und Umweltfolgen. Dabei ist wird das Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen gegen die Interessen von hunderttausenden Menschen, die insbesondere unter dem Nachtfluglärm leiden, ausgespielt. Dabei wären Kapazitäten für den Frachtverkehr am Tage vorhanden - ohne weiteren Ausbau.

Gleichzeitig stehen die Ausbauplanungen in diametralem Gegensatz zu Bemühungen, Treibhausgase zu

reduzieren und den Klimawandel aufzuhalten. Dazu sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kerstin Eisenreich: „Der klimaschädliche CO₂-Ausstoß des dortigen Flugverkehrs betrug 2018 ca. 6,2 Mio. Tonnen. Er wird durch den Frachtflugausbau auf 10 Mio. Tonnen steigen. Dies entspricht einem Klimaschaden von 1,8 Milliarden Euro. Wer diese Kosten trägt, dürfte wohl allen klar sein - DHL ist das jedenfalls nicht!“ Eine nachhaltige Alternative wäre eine regionale Kreislaufwirtschaft mit standortnahe Gewerbe und verkürzten Lieferketten.

Für die Gesundheit der Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen des Flughafens fordern wir ein Nachtflugverbot. Der innerdeutsche und inner-europäische Frachtverkehr muss auf die Schiene verlagert werden. Ein entsprechendes Bahnterminal ist auf dem Flughafen vorhanden, wird aber bisher nicht genutzt. Ebenso ist die militärische Nutzung des Flughafens zu beenden.

Zum Abschluss galt der Dank den verschiedenen Initiativen, die sich für ein Nachtflugverbot eingesetzt haben. „Die Anerkennung für ihren Einsatz zum Wohle der Menschen verdient hier Zustimmung zum Ausbaumoratorium.“, schloss sie ihre Rede.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 12. März 2021

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im März 2021 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.

Die Giftgrube Brüchau muss weg!

In der Landtagsdebatte über die Giftgrube Brüchau betont Hendrik Lange, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE:

„Wir erleben hier ein unfassbares Trauerspiel. Während die sonst den Unternehmen zugewandte Bergbehörde klar sagt, die Grube ist undicht und muss weg, möchte die Altlastenanstalt, die so gut wie möglich die Altlasten sanieren muss, die Grube lediglich abdecken. Ob dadurch tatsächlich der Sickerwasserpfad auf Ewigkeit unterbrochen ist, steht in den Sternen. Zumal wir Erkenntnis haben, dass durch das Gewicht der Abdeckung die Grube wahrscheinlich wie ein Schwamm ausgepresst und damit das Grundwasser

weiter kontaminiert wird.

Der Landtag hat einen einstimmigen Beschluss gefasst, dass die Grube wekommt. Das Verhalten des Umweltministeriums sorgt für Misstrauen in die Behörden, für Unverständnis bei den Menschen und untergräbt die Autorität des Landtags.

Die Landesregierung muss prüfen, wie das Verfahren beschleunigt werden kann! Die Umweltministerin Dalbert muss die Landesanstalt für Altlastenfreistellung anweisen, den Streit ums Geld sofort zu beenden. Die Giftgrube Brüchau muss weg! Aber rechtssicher und ohne das Unternehmen aus der Verantwortung zu nehmen. Handeln wir zum Wohle von Mensch und Umwelt!“